

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Befehlungen werden in der Expedition (Kettnerhöhergasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
Druckerei anhören an: in Berlin: A. Reitmeier, in Leipzig: Eugen  
Bort, H. Engler, in Hamburg: Haasestein & Vogel, in Frank-  
furt a. M. Jäger'sche, in Cöln: Neumann Hartmanns Buchdr. u. Verlag.

# Danziger Zeitung.



# Zeitung.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergrädigst geruhet: Dem bishirigen Consul in Danzig, Kaufmann Verow, den Rothen Adler Orden 3. Klasse mit der Schleife zu verleihen; ferner den Kammerherrn, Erbhünenmeister des Fürstenthums Rügen und der Stadt Barth, Mittergutsbesitzer Grafen Ulrich v. Behr. Negeondank auf Semlow, zum Landrat des Kreises Franzburg zu ernennen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 1. Febr. Im Reichsrath beantwortete der Minister der ausw. Angelegenheiten, Fürst Hohenlohe, eine Interpellation über seine auswärtige Politik. Der Fürst erklärte unter Anderem, er sehe mit Beifriedigung, daß das hohe Haus mit der von ihm im Abgeordnetenhaus gegebenen Erklärung einverstanden sei. Dieses Einverständniß befestigte die Stellung Bayerns. Nur ein Punkt bedürfe noch weiterer Erläuterung; er verstehe unter dem anzustrebenden Bündnis mit Preußen und den übrigen deutschen Staaten einen auf dem Boden vollkommenster Gleichberechtigung abzuschließenden Staatsvertrag, durch welchen die Integrität des Gebietes und gegenseitige Hilfe bei Gefährdung dieser Integrität gewährleistet werde. Dass ein solcher Vertrag die Freiheit der Entscheidung nicht gleichmäßig vorbehalte, sondern gleichmäßig beschränke, werde dem hohen Hause kaum entgehen. Im Übrigen bezog sich der Fürst auf seine Erklärungen vom 19. und 23. v. M.

München, 1. Febr. Gutem Vernehmen nach ist der Abg. Umbach zum Ministerialrat ernannt worden. Die Arbeiten der Militär-Commission für die Stuttgarter Conferenzen sind heute beendigt. Der Staatsrat wird in heutiger Sitzung über die Beratung des Landtages Beschluss fassen.

Wien, 1. Febr. Nach übereinstimmenden Meldungen der Morgenblätter verzögert die Pforte die gänzliche Räumung der Festung Belgrad, während sie in die Räumung der anderen serbischen Festungen und in eine vorläufige Reduction der türkischen Garnison von Belgrad willigt, daß die Occupation dieses Platzes nur eine nominelle sein würde. Die definitive Erklärung der Pforte sei den in dieser Frage vermittelnden Mächten Österreich und Frankreich noch nicht zugegangen. — Ein österreichisches Kriegsschiff geht heute nach den kandinischen Gewässern ab.

Pest, 31. Jan. Die Siebenundsechzigste Commission hat die Alineas 25—43 des Elaborats der Fünfzehner-Commission angenommen und die nachfolgenden drei Amendements genehmigt: Die Mitgliederzahl der Delegationen wird bei der Detailverhandlung bestimmt. — Die Delegationen werden durch den Kaiser auf einen bestimmten Termin nach dem Dreie einberufen, wo der Kaiser zur Zeit sich aufhält. — Der ungarische Finanzminister hat den zur Deckung der gemeinsamen Kosten dienenden Theil der monatlichen Staatsentnahmen monatlich an den Reichsfinanzminister abzuliefern.

Florenz, 31. Jan. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat der Kammer eine Gesetzvorlage gemacht, durch welche die Aktien und Obligationen der Eisenbahnen und anderer vom Staate subventionirter Gesellschaften in Rente umgewandelt werden sollen. Die Kammer hat sich bis zum nächsten Montage vertagt.

Kopenhagen, 1. Febr. Sicherem Vernehmen nach begibt sich Prinz Johann von Dänemark am Sonntag nach Athen. Gleich nach der Ankunft des Prinzen in Athen erwartet man die Abreise des Königs Georgios nach Kopenhagen.

Petersburg, 1. Febr. Auf Befehl des Kaisers ist für die Anlage einer Bahn von Kursk nach Kiem die Concession an die Herren Dervis, Meck und Dolgoruki ertheilt worden. Die Länge der Bahn beträgt 438 Werst; das Grundungscapital ist auf 4½ Millionen veranschlagt, bis zu welchen Betrage Obligationen ausgegeben werden. Die Aktien werden ausgestellt in Pfunden, Francs, Thaler und holländischen Gulden.

Tassy, 31. Jan. Der Fürst von Rumänien ist in Begleitung des Ministers Stirbey eingetroffen und hier wie auf der ganzen Route mit Entthusiasmus empfangen worden.

Wien, 1. Febr. Bei der Ziehung der 1860er Lose kamen folgende Serien heraus: Serie 105 789 1232 1539 1554 1562 1558 2486 2524 2522 2909 5329 (?) 4074 4249 4481 4541 4689 4846 5815 6333 8220 8784 9110 10,261 10,341 10,703 11,510 11,965 12,646 12,751 12,869 12,904, 13,404 13,707 14,235 14,692 14,966 15,327 15,364 15,437 15,658 15,713 15,891 16,173 16,651 17,689 17,963 18,174 18,180 18,544 18,576 19,090 19,158 19,552 19,760.

Wien, 1. Februar. Abendbörse. Stan, Schluss matt. Credit-Actien 167,40, Nordbahn 162,50, 1860er Lose 85,30, 1864er Lose 81,90, Staatsbahn 205,40, Galizier 218,00, Czernowitz 185,00.

Frankfurt a. M., 1. Febr. Effecten-Societät. Lebhafte Geschäft; östl. Papiere beliebt. Credit-Actien 152, 1860er Lose 66, 16, Bankaktien 664, Nationalanleihe 53, Amerikaner 76, per comptant, 76 per medio.

London, 1. Febr. Aus New-York vom 31. v. M. wird gemeldet: Wechselkours auf London in Gold 108, Golddag 35, Bonds 107, Illinois 113, Eriebahn 55, Baumwolle 34. — Der Senat hat den Vorschlag, öffentliche Goldverkäufe seitens der Regierung zu veranstalten, verworfen. — Der Congress hat beschlossen, die nordamerikanische Gesandtschaft in Rom eingehen zu lassen.

## Landtagssverhandlungen.

23. Sitzung des Herrenhauses am 1. Februar.

Der Hauptgegenstand der Verhandlung ist das vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz, betreff. die Gewährung von Diäten an die Reichstagssmitglieder. Ref. Graf Ritterberg befürwortet die Ablehnung des Gesetzes. — Herr Tellkampf (für Annahme des Gesetzes). Viele Regierungen haben bereits ihren Vertretern Diäten gewährt und es erscheint politisch ratsam, daß auch den preuß. Abgeordneten Diäten gewährt werden mögen, denn sonst würde Preußen sich die Wahlfreiheit beschränken; hätten doch die übrigen Staaten

dann die Möglichkeit für sich, ihre hervorragenden Männer aller Parteien gewählt zu sehen, ohne daß auf deren Vermögen Rücksicht zu nehmen wäre! Versagt Preußen die Diäten, so könnten bei uns nur Wohlhabende oder Reiche gewählt werden. Es handelt sich so aber doch um einen Alt der Gesetzgebung und dabei liegt es doch wahrlich im Interesse jedes Staates, daß Talent und Charakter und nicht bloß das Vermögen zur Geltung komme und Aermere nicht von der Gesetzgebung für die Nation ausgeschlossen werden. Zu dem hat Preußen von jeher nur das Talent begünstigt und nie nach Vermögen gefragt wo es sich darum handelte, das Interesse des Staates zu vertreten. Ferner ist nicht zu übersehen, daß in den neuworbenen Ländern die liberale Partei günstiger für Preußen gestimmt ist, als die partikularistische und meist preußenfeindliche Partei; die letztere besitzt aber mehr Reichthum als die erstere. Wenn Preußen nun keine Diäten gewähren wollte, so würde es seinen Freunden die Theilnahme im Norddeutschen Parlament erschweren und seinen Feinden den Eintritt erleichtern. Ich möchte dann hervorheben, daß das Reichswahlgesetz vom 12. April 1849, welches bei dem jüngsten Wahlgesetz zu Grunde gelegt worden, Diäten und Reisegelder der Abgeordneten angeordnet hat. Die Wohlhabenheit ist in Deutschland nicht so allgemein verbreitet, daß die Diäten fortfallen könnten, die doch nur einen Theil der Kosten decken. Der Finanzpunkt ist für den Staat von keiner Bedeutung, denn wenn viele Millionen für die Bundesverteidigung bewilligt werden, so wird man doch gewiß nicht anstehen, eine Lautende für die Landesvertretung zu bewilligen, da von der Verfassung des Norddeutschen Bundes die Rede ist, also von nicht minder wichtigen Interessen der Gesetzgebung,

Dr. v. Kleist-Neyow: Ein einziges Mal haben wir den Versuch eines völlig freien und allgemeinen Wahlrechts gemacht, bei der Nationalversammlung von 1848. Sie wissen, wie das verlaufen ist. Wenn jemand ein Mandat zum Reichstag annimmt, dann soll er auch die Qualification dazu haben, er soll verhindert sein, damit er nach oben und unten hin unabhängig ist und seine Selbstständigkeit bewahren kann. Man möge bedenken, daß dieser Reichstag ja nur ein für allemal gewählt und die Diätenfrage wohl durch den Reichstag selbst ihre definitive Erledigung finden werde.

Dr. v. Kleist-Neyow: Ein einziges Mal haben wir den Versuch eines völlig freien und allgemeinen Wahlrechts gemacht, bei der Nationalversammlung von 1848. Sie wissen, wie das verlaufen ist. Wenn jemand ein Mandat zum Reichstag annimmt, dann soll er auch die Qualification dazu haben, er soll verhindert sein, damit er nach oben und unten hin unabhängig ist und seine Selbstständigkeit bewahren kann. Man soll das Mandat nicht als eine Eroberung ansehen, sondern als eine herzlich schwere, saure Ehrenpflicht für das Vaterland, nicht als ein Verdienst, als ein Geschäft. Wer nicht einmal so viel hat, um für sein Geld hierher reisen und hier leben zu können, der braucht kein Mandat.

Dr. Hasselbach: Wenn ich auch mit dem Hrn. Vorredner für die Ablehnung des Gesetzes stimme, so thue ich es nicht aus seinen Motiven, sondern aus rein formellen Gründen. Wir haben das Wahlgesetz ohne Diäten angenommen, also unter einer Vorauflösung, von welcher auch die Regierung ausgegangen war, und die wir ihr nicht nehmen dürfen. Deshalb muß ich consequent jetzt gegen die Diäten stimmen, während ich im Reichstage bei der definitiven Regelung der Frage dafür sein könnte.

Dr. Gr. Brühl: Die Ablehnung des Gesetzes ist eine Notwendigkeit, will man das ohnehin schon bedenkliche allgemeine directe Wahlrecht nicht noch gefährlicher machen. Dr. Tellkampf erinnert uns daran, daß Preußen in den neuen Provinzen seine Freunde unter den Liberalen suchen müsse. Ich danke für diese Freundschaft. Diese Herren nähern sich uns nur, weil sie hoffen, unter Preußen für ihre Passion bessere Geschäfte machen zu können, wie unter ihren früheren Regenten; wenn sie — wie ich zu Gott hoffe — leben werden, daß sie sich darin täuschen, dann wird wohl die Freundschaft ein Ende haben! Ich bin überhaupt kein großer Freund von dem Reichsparlament und habe gegen das Wahlgesetz gestimmt; doch wünschte ich ihm einen besseren Erfolg als der Frankfurter Verhandlung. Dieser Wunsch wird sich jedenfalls besser erreichen lassen, wenn wir das Gesetz ablehnen.

Dr. Tellkampf: Ich möchte doch die Liberalen in den neuen Provinzen gegen Angriffe schützen, wie sie sie heute hier erfahren müssen und gelebt zu bedenken, daß dieselben in Hannover z. B. dauernd zur Neutralität und zum Auschlüsse an Preußen gerichtet haben, und zwar zu keinem anderen Zwecke, als zur Errichtung der Einheit Deutschlands.

Dr. Hauffmann: Auch ich glaube, die Liberalen in den neuen Provinzen gegen den Vorwurf schützen zu sollen, daß sie höfsten "bessere Geschäfte" zu machen, wenn sie unter Preußen Scepter lämen; sie haben stets — das sollte man in Preußen dankbar anerkennen — für den Anschluß an Preußen gewirkt zum Ruhm und zum Glück der Zukunft Deutschlands. — Bei der Abstimmung wird durch Namensaufruf das Gesetz mit 78 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen: die Herren Tellkampf, v. Bernath, Burscher, Denhardt, Dernburg, v. Grüner, Hauffmann. Die Majorität begleitet die einzelnen zustimmenden Voten mit Heiterkeit. Nächste Sitzung Montag: Genossenschaftsgesetz.

62. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. Februar. Der erste Gegenstand der T.-D. ist die (gestern mitgebrachte) Interpellation des Abg. v. Hennig, betr. die Befähigung gedruckter Stimmzettel bei den Parlamentswohlwahls. Abg. v. Hennig: Der § 13 des Wahlreglements schreibt vor, daß die Stimmzettel außerhalb des Wahllokals mit den Namen der Kandidaten auszufüllen sind; dies deutet offenbar auf geschriebene Stimmzettel hin. Unter den Gründen für die Ungültigkeit ist aber von der Zurückweisung gedruckter Stimmzettel nicht die Rede; höchstens könnte Al. 4 des § 21, wonach nicht mehr als ein Name auf dem Zettel stehen darf, ein Bedenken erregen. Nach dem Pressgesetz muß näm-

lich jeder Drucker seinen Namen unter jede Druckschrift drucken; er könnte nun hierbei in die schwierige Lage kommen, entweder gegen das Pressgesetz zu verstossen, oder die Wahlzettel alle ungültig zu machen. (Heiterkeit.) Dies ist aber nicht der eigentliche Grund zu meiner Interpellation. Im Lande herrscht nämlich überall Zweifel darüber, wie es mit der Befähigung der gedruckten Stimmzettel steht, der hauptsächlich durch die Ausserungen offiziöser Blätter hervorgerufen ist. Es wäre nun wohl wünschenswert, daß man Klarheit darüber erhielte.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich freue mich, daß mir die Gelegenheit gegeben worden ist, hier auszusprechen, was ich schon auf zahlreiche Anfragen an die Regierung geantwortet habe, daß gedruckte oder auf andere Art vervielfältigte Stimmzettel abgegeben werden können.

Der 2. Gegenstand der T.-D. ist die (in der Morgennummer abgedruckte) Interpellation des Abg. Birchow. Unter dem 19. Januar d. J. — sagt der Abg. Birchow — ist vom Provinzial-Schul-Collegium an die Directoren der höheren Lehranstalten Berlins folgende Verfügung ergangen: „Es ist zu unserer Kenntnis gelommen, daß mehrere Schüler höherer Lehranstalten an dem an den Mittwoch- und Sonnabend-Abenden von 6—8 Uhr in der städt. Turnhalle stattfindenden Turnen der sog. Jugendabtheilungen des Vereinsturnens teilnehmen. Sollten dieselben der Ew. Wohlgeborenen anvertrauten Anstalt angehören, so ersuchen wir Sie, den sofortigen Austritt derselben zu veranlassen und aufs strengste dafür zu sorgen, daß kein Schüler Ihrer Anstalt ferner daran Theil nehme.“ Die Directoren gaben dieser Verfügung Folge. Als sich nun ein Vater eines Schülers darüber beschwerte, erhielt er eine ablehnende Antwort ohne irgend welche Motive. Der Director der Luisenstädtischen Gewerbeschule hat sogar einen Schüler mit 2 Stunden Arrest bestraft, weil er mit Zustimmung seines Vaters an den Turnübungen am Sonntag Theil genommen hat. Das Provinzial-Schul-Collegium scheint von der Voraussetzung auszugehen, daß eine enge Verbindung der Jugendabtheilungen mit dem Vereinsturnen stattfinde und darans ein nachtheiliger Einfluß auf die Schüler in sittlicher Beziehung zu befürchten sei. Eine solche Verbindung ist aber nicht vorhanden. Sie besteht nur darin, daß dieselbe die Wahl der Lehrer vornimmt, und diese Lehrer sind noch dazu aus solchen gewählt worden, die vom Provinzial-Schul-Collegium als Turnlehrer anerkannt worden sind. Es scheint also wohl, als ob für die Regierung politische Gründe vorliegen, um das Einschreiten der Behörden gegen die Turnerei zu rechtfertigen. Sollte dies der Fall sein, so wäre es doch wohl wünschenswert, daß die Staatsregierung es offen ausspräche. Noch in neuester Zeit hat in Folge von Denunciations des früheren Leiters der Central-Turnanstalt die Staatsregierung gewichtige politische Bedenken gegen die Turnerei überhaupt erhoben, und eine großartige und volkstümliche Entwicklung der Turnerei, wie sie in den neu erbauten städtischen Turnhallen möglich gesehen wäre, zu verhindern gesucht. Zur Prüfung der Resultate der Turnhalle hat sie eine Deputation ernannt, deren Mitglieder zu den anerkannten Gegnern des deutschen Turnens gehörten, und auf Grund dieses Berichts schritt man ein und ordnete an, daß das Turnen nicht centralisiert werden dürfe, sondern daß in den einzelnen Anstalten besondere Turnplätze einzurichten und Turnlehrer anzustellen seien. Die dafür angebrachten Gründe trafen sämtlich nicht zu. Die feindelige Stellung der Staatsregierung gegen das Turnen ist also nur aus einem Vorurteil hervorgegangen, und es wäre wünschenswert, daß die Regierung sich darüber äußere.

Neg.-Commissar Stiehl: Die Frage, ob ein politischer Grund zum Einschreiten gegen die Turnerei vorliegt, kann ich mit einem bestimmten Nein beantworten. Ein Einschreiten der Behörden in Sachen der Turnerei, insfern darunter ein Einschreiten gegen die Turnerei verstanden werden könnte, hat ebenfalls nicht stattgefunden; im Gegentheil ist die Förderung des Turnwesens in jeder Beziehung vorrieben worden; was die mit der Turnerei in Verbindung stehende Vereinsthätigkeit betrifft, so entzieht sich diese der Kompetenz des Cultus-Ministeriums vollständig. Was nun die erste Frage betrifft, so ist dem Cultus-Minister von der betr. Verfügung nichts bekannt; und er hat auch seit dem Einbringen der Interpellation noch nicht Gelegenheit gehabt, sich Einsicht von dieser Verfügung und den Motiven zu verschaffen, welche das Provinzial-Schulcollegium dazu bewogen haben. Was nun die vom Hrn. Interpellanten gerührte Vereinträchtigung der Interessen und der freien Disposition der Eltern betrifft, so kann diese Angelegenheit durch eine Interpellation nicht erledigt, sondern muß auf den geordneten Instanzenweg zurückgewiesen werden. Der Minister billigt das bisherige Vorgehen des Provinzial-Schulcollegiums, so weit es sich auf die Förderung des Turnens in der Schule und die Möglichkeit derselben an den Schulanstalten zum Zwecke hat. In Betreff der Central-Turnhalle muß die Staatsregierung den Vorwurf zurückweisen, als ob die Commission für die Untersuchung tendenziös zusammengesetzt worden sei und inquisitorisch verfahren habe. Es ist auch nicht richtig, daß man der Turnhalle keine Zeit zu ihrer Entwicklung gelassen habe. Erst als Bedenken von Seiten der Schulen über die Zweckmäßigkeit erhoben wurden, wurde die Commission, aus Directoren der Anstalten, einem Magistrats-Mitgliede und sonstigen Sachverständigen bestehend, niedergesetzt. Der Beschluss des Ministers gründet sich wesentlich auf den Auftrag der Majorität dieser Commission, und es schweben noch weitere Verhandlungen über diese Sache. Auf Denunciations, die auf Privatanstalten beruhen, ist die Staatsregierung nie eingegangen, und wird sich auch künftig dadurch nicht irre machen lassen. (Beifall rechts.)

Die dritte Interpellation, ob die Regierung beabsichtigt, dem Landtag in nächster Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Entschädigung für das auf polizeiliche An-

ordnung den Eigenthümern in Gegenenden, wo die Kinderpest auftritt, weggenommene und getötete Kindvich anderweitig geregelt und vom Staate übernommen wird, begründet Abg. v. Kleinsorgen, und wird vom Cultusminister v. Mühlner dahin beantwortet, daß diese Pest sehr energische Maßregeln hervorrufe; bis jetzt sei sie in den westlichen Provinzen nur sporadisch aufgetreten. Was die Entschädigung betrifft, so sind solche Fälle, wo Bich getötet wurde, als Expropriationen bisher angesehen worden und die Entschädigungen wurden durch Richterspruch abgemessen. Das deckt allerdings nicht alle Interessen und es schwanken Verhandlungen zwischen dem Cultusministerium, welchem die sanitätspolizeilichen Maßregeln obliegen, und dem landwirtschaftlichen Ministerium, um einen Modus zu finden, welcher allen geschädigten Interessen Rechnung trägt. Ich freue mich, Anlaß zu der Erklärung zu haben, daß die Regierung der Pest Herr zu bleiben hofft, und daß allen geschädigten Eigenthümern ein dem Verluste entsprechender Ersatz gewährt werden wird.

Die Petition, betr. die Gewährung einer Binsgarantie für die Eisenbahn Posen-Thorn-Bartenstein, wird durch Annahme des Antrages des Abg. v. Hoverbeck erledigt. (Ausführlicheres nach dem sten. Bericht morgen.)

Es folgt die Berathung über das Gesetz, betr. die Aufhebung des Salzmonopols. Der Entwurf der Commission lautet in den wesentl. Paragraphen:

S 1. Die Staats-Regierung wird ermächtigt, das zur Zeit bestehende Recht des Staates, den Großhandel mit Salz allein zu betreiben (das Staats-Salzmonopol) aufzuheben, dagegen das zum inländischen Verbrauche bestimmte Salz einer, soweit solches im Inlande produziert wird, von den Produzenten oder Käufern, soweit solches aus dem Auslande eingeführt wird, von den Einbringern zu entrichtenden Abgabe bis zum Betrage von höchstens 2 R. für den Centner Netto-gewicht zu unterwerfen.

S 2. Befreit von der Abgabe ist: 1) das zur Ausfuhr, zu Unterstützungen bei Notständen und für die Natriumsulfat- und Soda-Fabrikation bestimmte Salz, 2) überhaupt alles Salz, welches zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken, insbesondere auch zum Einsalzen von Heringen und ähnlichen Fischen, so wie zum Einsalzen, Einpökeln u. s. w. von ausführenden Gegenständen verwendet wird — jedoch mit Ausnahme des Salzes für solche Gewerbe, welche Nahrungs- und Genussmittel für Menschen bereiten, namentlich auch für die Fabrikation von Tabak, Schnupftabak und Cigarren, für Bäder und Conditoreien, so wie für die Herstellung von Mineralwässern. Überall ist die steuerfreie Verabsiedlung von der Beobachtung der vom Finanz-Minister angeordneten Controle-Maßregeln abhängig. Die durch die Controle erwachsenen Kosten können in den Befreiungsfällen auf 2 mit einem Maximalbetrage von 2 R. pro Centner von den Salzempfängern erhoben werden.

S 3. Mit dem Tage der Aufhebung des Salzmonopols und der Einführung der Salzsteuer sind alle aus allgemeinen Gesetzen fließenden Bergwerks-Abgaben, welche von Steinsalz, sowie von den mit Steinsalz auf derselben Lagerstätte vorkommenden Salzen und von den Soolquellen erhoben werden, aufgehoben.

S 4. Der Zeitpunkt, mit welchem bei Aufhebung des Salzmonopols die Erhebung der Abgabe beginnt, ist durch Königliche Verordnung festzusezen. In dieser sind zugleich auf Grund der mit den Zollvereins-Regierungen inmittelst zu treffenden Vereinbarungen die zum Schutz der Abgabe erforderlichen Ausführungs- und Strafbestimmungen unter den nachfolgenden Maßgaben zu erlassen.

S 5. Die Strafe der Umgehung der Salzabgabe darf neben der Confiscation der Gegenstände, in Bezug auf welche, sowie der Geräthe, mittelst deren das Vergehen verübt ist, für den ersten Fall den vierfachen, für den zweiten Fall den achtfachen, für jeden ferneren Fall den sechszehnfachen Betrag der umgangenen Abgabe nicht übersteigen. Kann das Gewicht der Gegenstände, in Bezug auf welche eine Salzsteuer-Defraudation verübt ist, nicht ermittelt und demgemäß der Betrag der vorenthaltenen, beziehungsweise der vor einer gleichen Quantität inländischen Salzen zu entrichtenden Abgabe, so wie die danach zu bemessende Geldstrafe nicht berechnet werden, so ist statt der Confiscation und der Geldstrafe auf Bahlung einer Geldsumme von 20 bis zu 2000 R. zu erkennen. Die rechtskräftige Verurtheilung des Besitzers eines Salzwerks im Falle zieht für den Verurtheilten den Verlust der Besugniss zur eigenen Verwaltung eines Salzwerks, jede Verurtheilung wegen mißbräuchlicher Verwendung steuerfrei empfangenen Salzen den Verlust des Anspruchs auf steuerfreien Salzbezug nach sich.

S 6. Uebertretungen von Controle-Vorschriften sind nach § 16 des Zollstrafgesetzes zu ahnden.

S 7. Hinsichtlich der Verwandlung der Geld- in Freiheitsstrafe und der subsidiären Haftung dritter Personen finden die Bestimmungen in den §§ 13 und 19 des Zollstrafgesetzes, und hinsichtlich der Anbietungen von Geschenken an die mit der Controlirung der Salzabgabe betrauten Beamten und deren Angehörigen, so wie Widerlichkeit gegen erstere die Bestimmungen in den §§ 25 und 26 ebendaselbst Anwendung, so weit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe Platz greift. Auf die Feststellung, Untersuchung und Entscheidung der Salzsteuer-Defraudation kommen die in den §§ 28 ff. des Zollstrafgesetzes enthaltenen und die folgende abändernden, erläuternden oder ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.

S 8. Die Genehmigung des Landtages zu allen der gesetzlichen Feststellung bedürfenden Bestimmungen der Ausführungsverordnung (§ 4), über welche gegenwärtiges Gesetz keine Entscheidung trifft, bleibt dem Landtage vorbehalten.

Zu diesem Entwurf sind mehrere Amendements eingegangen: 1) von Hagen, welches in § 1 der Vorlage sezen will: „von höchstens 1 R. 20 Pf., statt: „2 R.“; 2) von Birchow, welches den Satz von 2 R. nur für 3 Jahre festgesetzt wissen will, 3) vom Abg. v. Hoverbeck, welches die Steuer von 2 R. nur bis 1870 erheben und sie von da ab bis 1885 allmälig bis zur gänzlichen Aufhebung reduciren will, 4) vom Abg. Michaelis (Stettin), in dem § 1 des Commissions-Entwurfs die Worte „oder Käufern“ zu streichen.

Ref. Dr. Hammacher empfiehlt die Commissionsvorlage. Der Versuch, das Princip der Contingentirung der Steuer durchzusetzen, sei in der Commission an dem entschiedenen Widerspruch der Regierung gescheitert. Im Uebrigen sei die Commission der Ueberzeugung, daß die Aufhebung des Salzmonopols große, nicht bloß finanzielle, sondern auch moralische und politische Vortheile für die Angehörigen unserer Landestheile bieten wird, daß dieselbe eine große Reform der wirtschaftlichen und der Culturverhältnisse unseres Landes Landes enthält, daß damit die letzte Schranke im freien Verkehr des Zollvereins hinweggeräumt ist.

Finanzminister v. d. Heydt erklärt zunächst, daß die Re-

gierung sich mit den Aenderungen der Commission im Allgemeinen einverstanden erklären könne, auch mit dem Amendement Michaelis, nur § 8 bitte er abzulehnen. Die andern Amendements können die Regierung indeß jetzt unter keinen Umständen annehmen, so sehr sie auch im Principe eine Ermäßigung der Salzsteuer wünsche. Für jetzt würde das Zustandekommen des Gesetzes, die Beseitigung des Monopols, dadurch verhindert werden. Der Contingentirung könnte die Regierung ebenfalls nicht bestimmen, da sie sich dadurch die Hände binden.

Abg. Dr. Gneist: Dem Monopole stehen sehr große Interessen gegenüber, die Agrikultur, der große Gewerbetrieb, der Fiskus, die Staatsfinanzen, alle diese machen mit der Aufhebung des Monopols gute Geschäfte. Aber die kleinen Interessen werden offenbar benachtheiligt. Wenn wir diese Steuer gegen das Monopol eintauschen, so segen wir die Masse der arbeitenden Klassen in die Lage, daß sie ein jetzt unhalbares, unzweckhaft nur kurzlebiges Monopol eintauschen gegen eine feste Steuer, der ein außerordentlich langes Leben unzweckhaft gestört ist. Zugleich wird sich der Steuerbetrag fortwährend unabhängig von der Bewilligung des Hauses mehren und die durch die neue Organisation des Staates veranlaßten Mehrausgaben werden zur Folge haben, daß wir im Principe zwar stets gegen die Salzsteuer sein, sie in der gegenwärtigen Lage aber justieren nicht werden entriben können. Und ich möchte den Finanzminister sehen, der eine so bequeme kaum gefühlte Steuer jemals durch eine Steigerung der directen Steuer ersezten wollte.

Abg. Michaelis (Stettin): Wenn das Interesse der Landwirtschaft und der Gewerbe, welche Salz brauchen, gefördert wird, so wird nicht nur das Interesse der Grundbesitzer und der Gewerbetreibenden, sondern das der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, der ganzen Consumption gefördert. Wenn es sich um die Interessen der Grundbesitzer handelt, so kommt dabei in Betracht die Holz-, Fleisch-, Krämer-Production u. s. w., welche eng mit dem Interesse der Bevölkerung zusammenhängt, zu verdienen, sich warm zu kleiden und sich reichlich zu nähren; ebenso handelt es sich bei den gewerblichen Interessen um die Interessen der Gesamtheit. Wir haben also ein schwerer wiegendes Interesse, die Aufhebung dieser Abgabe zu sichern. Eine Voraussetzung aber ist bei mir entscheidend und darüber möchte ich von der Regierung eine klare und genaue Auskunft erbitten: werden mit der Aufhebung des Salzmonopols die Einschränkungen des Handels mit Salz fallen, werden die für den Verbrauch bestimmten Salze, wenn sie für den menschlichen Gebrauch nicht geeignet sind, nur dem Produzenten verabfolgt werden, oder werden sie dem freien Verkehr zufallen? Wenn Sie warten wollen, bis der Produzent, bis der Landmann das Bedürfnis erkennt, mit Salz zu düngen oder dem Bich mehr Salz zu geben, so wird sich der Salzkonsum sehr langsam steigern. Was dazu geschehen muss, das ist die Befreiung des Handels und damit die Loslassung der Propaganda, welche der Kaufmann für seine Artikel macht. Das Salz, das zum menschlichen Gebrauch nicht mehr geeignet ist, könnte noch eine sehr ausgedehnte Verwendung finden, wenn es derjenige gleich hätte, der damit einen Verlust machen wollte. — Was nun die Salzabgabe von 2 R. betrifft, so verhält es sich damit so, daß in denjenigen Theilen des Staates, welche den Produktions- oder Einfuhrpunkten nahe liegen, der Preis sich ermäßigen wird, während das in merklicher Weise bei den entfernteren Punkten nicht eintreten wird, ja es ist die Möglichkeit vorhanden, daß sich der Preis stellenweise höher stellen wird. Es ist dringend wünschenswert, nicht nur eine Ermäßigung, sondern eine allmäßige Aufhebung der Abgabe schon jetzt zu sichern. Die Salzsteuer ist eine Kopfsteuer und es ist ungerechtfertigt, wenn neben dieser noch die unterste Klassensteuerstufe besteht, welche schon durch die Salzsteuer hinreichend getroffen wird. Aber die Beseitigung der Salzabgabe ist der der untersten Klassensteuerstufe vorzuziehen, weil die Steigerung des Salzconsums für die Gesundheit wertvoll ist, und weil das Bewußtsein, Steuern zu zahlen, das Bewußtsein erzeugt, politische Rechte zu haben und vertreten zu müssen. Ich glaube aber, daß es nicht durchführbar und nicht einmal zu verlangen ist, eine stufenweise Herabsetzung schon jetzt bis in die achtziger Jahre festzusetzen. Auf so weite Zeit kann der Steuergesetzgeber seine Pläne kaum fassen. Die Steuergesetzgebung müßte läßlich veränderlich sein und ich begrüße die Aufhebung des Monopols auch gerade deswegen, weil das Princip der Veränderlichkeit damit in die Salzabgabe hineinkommt. In der vorerwähnten wahrscheinlichen Verschiedenheit der Salzpreise aber liegt ein Moment von großer Bedeutung für die Agitation gegen diese Abgabe, und darauf habe ich nicht so wenig Vertrauen, wie der Abg. Gneist. Ich bau darauf, daß sie die Abgabe nicht nur ermäßigen, sondern be seitigen wird; es muß nur erst Bewegung in diesen Theil der Steuergesetzgebung kommen. Schließlich empfiehlt Redner eine Contingentirung mit einem Maximalsatz.

Reg.-Commissar Scheele: Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß es die Absicht der Regierung ist, den Verbrauch mit Salz, welches nicht mehr für den menschlichen Verbrauch tauglich ist, vollständig frei zu geben. Es wird der einzige Vorbehalt, welcher sich auf das Strafgesetzbuch gründet, gemacht. Es ist sogar jetzt schon die Bestimmung getroffen, daß alles Salz, welches nicht über 25 p.C. Chlor-Natrium enthält, dem freien Verkehr übergeben ist und so wird es in Zukunft mit allem Salz gehalten werden, welches in seiner Zusammensetzung nicht gefährlich ist. Bei der Summe von 500,000 Thlr. sind bereits alle Summen in Abzug gebracht, welche etwa durch gestiegerte Konsumtion erzielt werden dürften. Uebrigens hat die Erfahrung ergeben, daß ein höherer Konsum an Speisesalz nicht zu erwarten ist. Der Standpunkt derjenigen, welche gegen das Gesetz sind, scheint mir der zu sein, daß sie denken, die Regierung müsse das Monopol doch aufheben und deswegen könnte der Moment benutzt werden, um etwas zu erzwingen. Ich möchte mir doch da eine Warnung erlauben. Seit zwanzig Jahren haben wir keinen Finanzminister gehabt, der es nicht versucht hätte, das Salzmonopol aufzuheben; bis jetzt sind alle Versuche fruchtlos gewesen. Andererseits ist aber das Monopol eine so bequeme Einrichtung, daß sie nicht wissen können, wie lange wir es werden behalten müssen, wenn sie es heute nicht beseitigen wollen.

Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Im Lande ist nirgends so große Freude über die Aufhebung des Monopols, vielleicht mit einziger Ausnahme des kleinen Lagers der sogen. Volks-wirthschaft, welche sich trotz der großen Steuer über die Aufhebung des Monopols freuen, da sie mehr Gewicht darauf legen, daß der Handel befreit, als daß der Preis für die ärmeren Leute ermäßigt wird. So schwer es mir auch wird, das Monopol auch nur einen Tag länger bestehen zu lassen, — in dieser Form kann ich das Gesetz nicht annehmen: denn ich bin

überzeugt, daß, wenn wir heute den Steuersatz von 2 R. annehmen, und dann neue Zollvereinsverträge geschlossen werden, dann eine Ermäßigung lange unmöglich sein wird. Deshalb will ich lieber noch 1 oder 2 Jahre das Monopol beibehalten, ehe ich für viele Jahre die Hoffnung der Zukunft gefährde. Schließlich empfiehlt Redner sein Amendement, welches eine Ermäßigung der Steuer sichert. Ist der Ausfall zu bedeutend, so müsse man eine erhöhte Tabaks- und Zugssteuer und schließlich vielleicht eine höhere Mäfchesteuer einführen, da der Brannwein noch zu billig bei uns ist. — Der Finanzminister v. d. Heydt warnt nochmals vor Annahme der Amendements, da die Regierung schwerlich in kurzer Zeit eine solche Vorlage wieder einbringen werde. — Abg. Hagen empfiehlt sein Amendement. — Abg. Twesten: Wenn es möglich wäre, durch die Aufhebung des Salzmonopols auch eine Herabsetzung des Preises herbeizuführen, würde ich natürlich sofort bestimmen. Dies ist aber zur Zeit nicht ausführbar. Zwey Motive sind es, die der Staatsregierung dabei hinderlich sind: die in anzielten Rückstichten im Allgemeinen und die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen. Von den eingebrachten Amendements ist das Hagen'sche, in dem die Ermäßigung der Salzsteuer von 2 Thlr. auf 1 Thlr. 20 Gr. will, das einfachste; die Ermäßigung dürfte aber beim Detailverlauf nicht sehr ins Gewicht fallen; der Finanzminister aber erklärt, daß eine solche Ermäßigung augenblicklich nicht durchzuführen sei. Ich wünsche nun die Abschaffung des Monopols dringend, selbst dann, wenn jetzt eine Erleichterung damit nicht verbunden ist. Es ist das doch immer eine Verbesserung. — Was das Amendement Birchow betrifft, die Steuer von 2 Thlr. nur auf 3 Jahre festzustellen, so ist dies ohne Zweifel der korrekte und beste Weg, um ein Steuerbewilligungsrecht zu erhalten. Es ist aber dabei zu bedenken, daß die Regierung mit der Aufhebung des Salzmonopols schon eine Konzession macht, und deshalb bei dieser Gelegenheit nicht noch das Steuerbewilligungsrecht einzuräumen wird. Das Amendement Hoverbeck halte ich nicht für ausführbar; ich hoffe, daß wir im J. 1885 überhaupt die Salzsteuer nicht mehr haben werden, sondern bis dahin die Aufhebung schon erfolgt ist; denn sie ist für die Dauer nicht haltbar, und je mehr sie die Natur einer Kopfsteuer annimmt, um so nachdrücklicher wird sich die Agitation gegen sie erheben. — Schon mit Rücksicht auf die neuen Landestheile muß das Gesetz durchaus zu Stande kommen. Denn die Wiedereinführung des Monopols in Hannover ist nicht durchführbar; ebenso wenig ist aber die Aufrechterhaltung einer Zollschranke zwischen den neuen und alten Landestheilen möglich, das Zustandekommen des Gesetzes ist also eine unabdingliche Notwendigkeit; ich kann mich deshalb nicht dafür entscheiden, durch die Zufügung einer Bestimmung, die allerdings wünschenswert wäre, die aber die Staatsregierung nicht annimmt und mit Rücksicht auf die andern Staaten nicht annehmen kann, das Gesetz zu gefährden, ich werde deshalb für den Kommissionssatztrag stimmen.

Abg. Dr. Birchow (gegen den Commissions-Satztrag): Mein Amendement will der Staatsregierung Alles bewilligen, aber nur auf eine beschränkte Zeit. Mit der Drohung, daß wenn die Steuer von 2 R. nicht bewilligt würde, das Monopol in Hannover wieder eingeführt werden sollte, hat der Hr. Finanzminister wohl nur eine Pression ausüben wollen; es kann aber wohl kaum seine wirkliche Absicht sein. Denn in den Motiven zum Gesetz ist ja ausdrücklich gesagt, daß nach der Einverleibung die Aufhebung des Monopols unvermeidlich sei. Ich glaube, daß der Hr. Minister durch die Liceaz der freien Rede etwas über seine eigentlichen Intentionen hinausgeführt worden ist, und ich hege noch immer die Hoffnung, daß schließlich doch die volkswirtschaftlichen Gründe über die oratorischen den Sieg davontragen werden. — So lange das Monopol bestand, war der Staat moralisch verpflichtet, den Preis so billig wie möglich zu stellen, es geschah dies von einem gewissmachen patriarchalischen Standpunkt aus. Mit der Salzsteuer hört aber das patriarchalische Verhältniß auf; es wird auch mit Salz kaufmännischer, gewerblicher operiert werden; der Preis wird sich in Folge dessen in einzelnen Gegenden teilweise steigern. Man hat aber noch gar keine bestimmte Unterlage dafür, wie sich die Verhältnisse gestalten werden; es liegt deshalb sowohl im Interesse der Staatsregierung, als der Landesvertretung, sich nicht für zu lange Zeit zu binden, sondern erst Erfahrungen zu sammeln. Im Allgemeinen bin ich mit dem Commissions-Antrage einverstanden, bitte aber dringend um Annahme meines Amendements, damit die Frage im Sinne richtiger volkswirtschaftlicher und constitutioneller Prinzipien zum Ausdruck gebracht werde. — Einer Contingentirung der Salzsteuer könnte ich nicht zustimmen, da die Steuer nicht auf richtigen Prinzipien beruht, sondern die läufigste und dürlendste Kopfsteuer ist, die es gibt; contingenten kann man nur eine an sich gerechte Steuer; eine Contingentirung dieser Steuer wäre nichts anderes, als eine Permanenzklärung des Drucks auf die ärmeren Klassen. (Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt: Auf das Amendement des Abg. Birchow kann die Staatsregierung nicht eingehen; denn es würden r'raus unangenehme Überraschungen für den Finanzminister entstehen. Wenn eine Herabsetzung später nötig werden sollte, so hegt die Regierung gegen Sie das Vertrauen, daß Sie dazu die Initiative ergreifen werden. — Das, was der Vorredner aus den Motiven zum Gesetz anführt, daß das Salzmonopol in die neuen Länder nicht eingeführt werden dürfe, war meine ganz ehrliche Meinung. Wenn Sie es aber der Regierung unmöglich machen, das Salzmonopol aufzuheben, so zwingen Sie dieselbe einen Rücktritt in Hannover zu machen. Es würde mir außerordentlich w. th. thun, eine solche Maßregel ausführen zu müssen. Ich beschwöre Sie deshalb, seien Sie die Regierung nicht in diese unangenehme Lage. Lehnen Sie die Amendements ab, welche das Zustandekommen des Gesetzes unmöglich machen.

Es folgt alsdann die Spezialdiskussion über § 1 der Vorlage. Abg. Dr. Löwe spricht für Ermäßigung der Salzsteuer. Immerhin sei es schou dankenswerth, wenn der Reg.-Commissar zum Consul für das Bich reines Steinsalz in Aussicht stelle. Denn welchen Unterschied man zwischen Menschen und Thieren statuiren mag (Heiterkeit), darin stimmt das Thier mit dem Menschen überein, daß es seinen Geschmack und seine Wünsche hat und daß es reines Steinsalz lieber nimmt, als denaturirtes. In welche Lage gerathen wir zu den Mitgliedern des Zollvereins? In jedem Falle müßte der niedrigste Preis, der im Gebiet eines Vereinsmitgliedes der herrschende ist, für die Gesamtheit zu Grunde gelegt werden, damit keinem ein höherer, als der bisherige war, aufgenötigt werde. Jetzt aber vertheuren wir unseren neuen Landestheilen (Kurhessen, Nassau, Frankfurt, den Her-



